

Umsiedlung Wertstoffhof/Bauhof

Seit einigen Tagen beschäftigt die geplante Umsiedlung von Wertstoffhof und Bauhof die Bürgerinnen und Bürger Gau-Algesheims. Damit die Diskussion nicht von Unklarheiten und irrigen Annahmen ausgeht, hier die Abläufe und Fakten aus Sicht der Stadtführung:

Schon vor über drei Jahren teilte uns der Abfallwirtschaftsbetrieb Mainz-Bingen mit, dass unser Wertstoffhof an der jetzigen Stelle und in der vorhandenen Größe nicht mehr zukunftsfähig ist.

Davon ausgehend überlegten wir, wo eine Alternative geschaffen werden könnte. Zugegeben, am Anfang lief die Suche noch eher zurückhaltend, aber immer war die Verlegung des Wertstoffhofes und Bauhofes ein Thema.

Mit dem Beginn der erst vagen und anschließend konkreteren Planung der Bebauung der östlichen Bahnhofstraße (Ende Ingelheimer/Ende Bahnhofstraße) ging unsere Suche intensiver los. Hinzu kam, dass ein Wertstoffhof/Bauhof in direkter Nachbarschaft einer Wohnbebauung für viele Probleme sorgt. Die verkehrliche Situation in der Ingelheimer Straße ist bei hoher Frequentierung des Wertstoffhofes für die Anwohner kaum erträglich. Daher entschlossen wir uns, dieses Gelände ebenfalls langfristig einer Wohnbebauung zuzuführen.

Gemeinsam mit den Fachleuten der Verbandsgemeinde beleuchteten wir verschiedene in Frage kommende neue Standorte und prüften, ob eine Realisierung des Projekts Wertstoffhof/Bauhof dort möglich ist. Klar war: Eine Verlegung des Wertstoffhofes/Bauhofes in bebautes Areal ist nicht mehr zeitgemäß. Auch die Verlegung des Wertstoffhofes/Bauhofes in das Gewerbegebiet ist, wenn man sich in Gau-Algesheim auskennt, nicht umzusetzen. Im jetzigen Gewerbegebiet sind keine möglichen Flächen vorhanden und eine Neuausweisung eines Gewerbegebietes westlich der Rheinstraße ist politisch noch nicht in „trockenen Tüchern“. Außerdem dauert dieses Verfahren mindestens noch 5-10 Jahre, eine Zeit, die wir nicht mehr haben.

Damit blieben vier Alternativen:

Alternative 1 – Fläche „Im Seesen“



Diese Fläche scheidet aus 3 Gründen aus.

1. Verkehrliche Belastung Binger Straße- zusätzlich zu dem Verkehr der zu und von den Schrebergärten fließt.
2. Die Anbindung wäre nur über einen Wirtschaftsweg möglich, der von seinem Aufbau auf Dauer der Belastung durch LKW nicht standhalten würde.
3. Direkte Nachbarschaft des Neubaugebiet Eichenbach - dadurch erhöhte und kostenintensive Lärmschutzanforderungen.

Alternative 2 – Zwischen den Bahnen – Grünschnittlagerplatz



Auch diese Fläche scheidet vor allem aus drei Gründen aus:

1. Zufahrt nur über Feldwege möglich.
2. Durch die Bahnunterführungen schwierige Erreichbarkeit bei gegenläufigem Verkehr.
3. Die Abholung der Wertstoffe durch große LKW ist aufgrund der geringen Höhe der Bahnunterführungen kaum möglich.

Alternative 3 – Zwischen Bahnstrecke und Ockenheimer Straße



Diese Fläche scheidet aus 3 Gründen aus:

1. Die Fläche ist zu klein.
2. Der Eigentümer möchte nicht verkaufen
3. Bei einer Baumaßnahme an der Bahnlinie wäre das Eisenbahnbundesamt entscheidend im Genehmigungsverfahren.

Alternative 4 - An der L415



1. Ein Landwirt bot der Stadt eine Fläche zum Kauf an, welche sich unmittelbar an der L 415 befindet. Bevor wir weitere Verhandlungen mit dem Landwirt führten, wurden sowohl der

Abfallwirtschaftsbetrieb als auch der Landesbetrieb Mobilität zu einer Stellungnahme aufgefordert. Beide Institutionen gaben grünes Licht.

2. Außerdem befindet sich auf dieser Fläche eine Baugenehmigung für einen Aussiedlerhof mit Hallen, Wohnhaus und Vinothek. Dadurch sind schon viele Gutachten erstellt worden, die im Bebauungsplanverfahren hilfreich sind.

So hat der Stadtrat nach eingehender Diskussion auch in den zuständigen Ausschüssen beschlossen, diese Fläche auszuwählen.

Alle Entscheidungen dazu wurden in öffentlichen Sitzungen gefasst und auch durch Presseartikel bekannt gegeben.

Die Argumentation, dass dadurch ein landwirtschaftlicher Weg/Fahrradweg gekreuzt wird, ist richtig, aber dies wäre bei allen anderen Alternativen ähnlich zu beachten.

Die Befürchtung, dass immense Kosten für Erdbewegungen etc. auf die Stadt zukämen, ist weder mit Zahlen untermauert, noch ergibt sich dies aus einer noch gar nicht vorhandenen konkreten Planung. Diese Planung wird erst jetzt im Verfahren vorgelegt.

Die Bürgerinnen und Bürger, also Sie, werden natürlich bei dem Verfahren beteiligt, das sieht schon der Gesetzgeber vor, und Sie können sich in diesem Verfahren einbringen.

Aufforderungen einer gemeinsamen Suche nach einem geeigneten anderen Standort gehen fehl, denn mit dem Aufstellungsbeschluss wurde schon mit dem Verfahren begonnen. Die nötigen Beschlüsse hat der Stadtrat, die demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, mehrheitlich schon gefasst. Auch hat der Stadtrat dem Kauf des Grundstückes schon zugestimmt und die nötigen Verträge sind bereits unterzeichnet.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, seien Sie versichert, dass der Stadtrat transparent arbeitet und wir zum Wohle der Mitbürgerinnen und Mitbürgern Entscheidungen treffen. Natürlich bleibt es Ihnen überlassen, diese Entscheidungen kritisch zu hinterfragen.

Gez. Stadtbürgermeister Michael König

Gez. Dr. Rolf Meier, 1. Beigeordneter

Gez. Ulrike Theis, Beigeordnete

Gez. Michael Helm, Beigeordneter

Gez. Heiner Hassemer, CDU-Fraktion

Gez. Jonah Klaus, SPD-Fraktion

Gez. Wolfgang Herbst, FDP Stadtratsmitglied